

Anmeldung

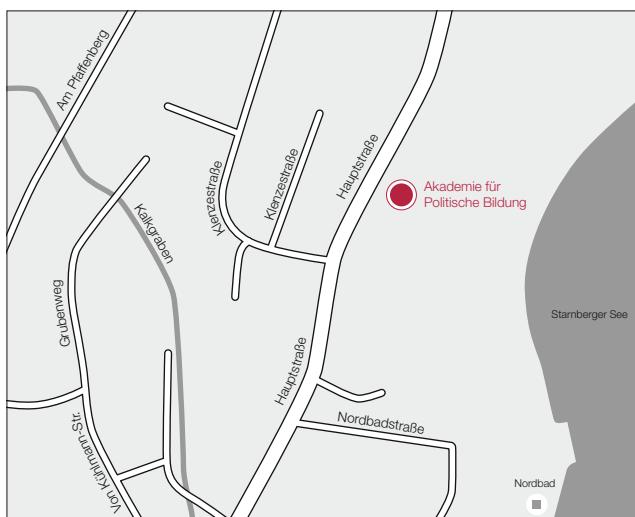
Das aktuelle Programm finden Sie unter www.bpb.de/polizeitagung
Eine Anmeldung ist möglich unter www.apb-tutzing.de/programm

Für organisatorische Fragen zur Teilnahme wenden Sie sich bitte an
s.zschiegner@apb-tutzing.de

Bitte melden Sie sich **bis zum 10. November 2017** an. Die Teilnehmendenzahl ist begrenzt. Die Anmeldung wird erst wirksam, wenn Sie von der Veranstalterin eine Teilnahmezusage erhalten haben. Der Teilnahmebeitrag beträgt unabhängig von in Anspruch genommenen Leistungen ohne Übernachtung, inkl. Verpflegung und Getränken 30 Euro. Eine Teilnahme mit Übernachtung vom 22. auf den 23. November inkl. Verpflegung und Getränken kostet 60 Euro.* Eine Teilnahme mit Übernachtung im Doppelzimmer vom 22. auf den 23. November inkl. Verpflegung und Getränken kostet 50 Euro.* Mit der Teilnahmezusage erhalten Sie eine Kontoverbindung, auf die der Teilnahmebeitrag vorab zu überweisen ist.

* Reisekosten werden nicht erstattet. Teilnehmende mit Übernachtungswunsch werden im Tagungsort (Akademie für Politische Bildung Tutzing, Buchensee 1, 82327 Tutzing) untergebracht. Kosten für die Stornierung der Unterbringung in der Akademie, die durch eine Absage bzw. Nichtanreise entstehen, müssen wir Ihnen leider in voller Höhe in Rechnung stellen. Die Rückerstattung eines etwaigen Teilnahmebeitrags ist nicht möglich. Der Teilnahmebeitrag wird jedoch auf die Kosten für die Stornierung der Hotelunterbringung angerechnet.

Anfahrt



Organisation

Termin

22.–23. November 2017

Veranstaltungsort

Akademie für Politische Bildung
Buchensee 1
82327 Tutzing

Für

Die Fachtagung richtet sich vor allem an Beamtinnen und Beamte der Landespolizeien und der Bundespolizei, an zivilgesellschaftliche Akteurinnen und -akteure sowie an politische Bildnerinnen und Bildner.

Veranstalter

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb
Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin
Akademie für Politische Bildung, Tutzing

Kontakt

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb
Hanne Wurzel
Leiterin Fachbereich Extremismus
Adenauerallee 86
53113 Bonn
hanne.wurzel@bpb.bund.de

Pressekontakt

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb
Stabsstelle Kommunikation
Adenauerallee 86
53113 Bonn
Tel +49 (0)228 99515-200
Fax +49 (0)228 99515-293
presse@bpb.de



Bundeszentrale für
politische Bildung

Hochschule für
Wirtschaft und Recht Berlin
Berlin School of Economics and Law



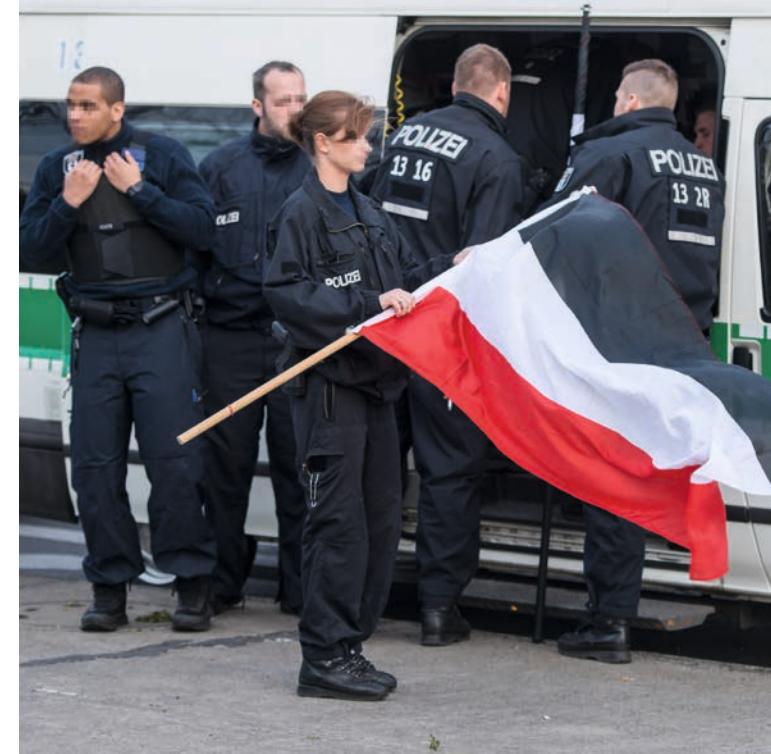
Polizei und Rechtsextremismus

Zur Vermessung eines schwierigen Feldes

22.–23. November 2017

Akademie für Politische Bildung in Tutzing

Eine Fachtagung der Bundeszentrale für politische Bildung in Kooperation mit der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin und der Akademie für Politische Bildung Tutzing



Editorial

Spätestens seit den 1990er Jahren ist nicht nur der Rechtsextremismus, sondern auch „Polizei und Rechtsextremismus“ ein Dauerthema: Die Debatte kreist – nicht erst seit Bekanntwerden der Mordtaten des NSU – um den angemessenen polizeilichen Umgang mit dem (gewaltförmigen) Rechtsextremismus und um fremdenfeindliche Einstellungen innerhalb der Polizei. Regelmäßig wird die Polizei aufgrund der Absicherung rechtsextremer Aufmärsche und dem dabei oftmals als rigide empfundenen Vorgehen gegen Gegendemonstranten kritisiert. Viele Beamtinnen und Beamten wehren sich entschieden: Sie müssten den Kopf für eine Ideologie hinhalten, die sie zutiefst ablehnen und würden dennoch von vielen Seiten als Sündenböcke dargestellt. Zudem steht die Polizei durch ihr Vorgehen gegen rechts-extrem motivierte Straf- und Gewalttaten oft selbst im Fokus der extremen Rechten. Das kann bis hin zu gezielten Kampagnen gegen einzelne Polizeibeamte gehen.

Die Tagung will das Feld „Polizei und Rechtsextremismus“ beleuchten, die Probleme definieren und Handlungswege aufzeigen.

Programm

Mittwoch, 22. November 2017

9.30 – 10.30 Uhr	Anreise, Kaffee in der Halle
10.30 – 10.45 Uhr	Begrüßung und Einführung Prof. Dr. Ursula Münch, Direktorin Akademie für Politische Bildung Tutzing Hanne Wurzel, Fachbereichsleitung, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn
10.45 – 12.30 Uhr	Grundlagen: Polizei und Rechtsextremismus – Aspekte eines komplexen Themas „Polizei und Rechtsextremismus“ ist offenbar ein Dauerbrenner von besonderer Brisanz. In den Medien kommt es immer wieder zu Schlagzeilen wie: „Razzia gegen Reichsbürger“ – „Massive Polizeipräsenz wegen NPD-Demo“ – „Polizei ermittelt gegen Rechtsextreme in den eigenen Reihen“ ... Aus verschiedenen Gründen rückte das Thema in den vergangenen Jahren Thema verstärkt in den Fokus polizeilicher Führerstagsungen, wurde Gegenstand der polizeilichen Ausbildung und führte zur Entwicklung von spezifischen Fortbildungen und Einsatzkonzepten. Der Vortrag skizziert das komplexe Beziehungsgeflecht zwischen „Polizei und Rechtsextremismus“ und führt so zugleich in das Tagungsthema ein.

Prof. Dr. Christoph Kopke, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin

Programm

12.30 –
14.00 Uhr Mittagessen

14.00 –
16.30 Uhr **Workshop-Phase 1:**
Problemlagen und Herausforderungen

**AG 1: Grauzonen: Rechtsextremismus, Rechts-
populismus**

„Ich bin ja kein Nazi, aber ...“. Die Zeiten, in denen rechtsextreme Aussagen ausschließlich von Menschen mit Glatze und Bomberjacke getötet wurden, sind lange vorbei. Gerade mit dem Aufkommen des Rechtspopulismus und der Debatte um Flucht und Asyl sind Grauzonen entstanden, bei denen sich das Recht auf Meinungsäußerung und Diskriminierung gegenüberstehen. Verschwimmen die Grenzen zwischen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus mehr und mehr? Und was bedeutet das für die Polizeiarbeit? Der Workshop soll diese Fragen in den Blick nehmen.

Wolfgang Meyer, Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus, München

Justus Bender, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt am Main

AG 2: NSU als Zäsur in der Polizeiarbeit

Erst spät entpuppten sich die vermeintlichen Taten aus „dem Milieu“ als die Mordserie einer rechtsextremen Terrorzelle, die jahrelang ungestört agieren konnte. Die Taten, aber auch die von vielen Stellen mehr als zögerliche Aufarbeitung der Geschehnisse rund um den „Nationalsozialistischen Untergrund“ ließen in der Öffentlichkeit eine Diskussion um das Versagen der Sicherheitsbehörden aufkommen. Wie es um die Nachwirkungen des „NSU“ auf die Polizeiarbeit sechs Jahre nach dem Bekanntwerden bestellt ist, soll dieser Workshop erörtern.

Florian Ritter, MdL (SPD), München
N.N., Polizei

**AG 3: Das Phänomen Reichsbürger:
Besondere Herausforderungen für die alltägliche
Polizeiarbeit**

Im Oktober 2016 erschließt ein selbsternannter „Reichsbürger“ einen Beamten einer Spezialeinheit während eines Einsatzes und verletzt zwei weitere. Dazu bewegt hatte ihn die Frontstellung gegen die „BRD-GmbH“ und deren Vertreter. Und auch abseits direkter Gewaltanwendung fallen die „Reichsbürger“ in der Ablehnung gegenüber dem Staat und seinen Vertretern vermehrt auf. Was genau aber beinhaltet die Ideologie der „Reichsbürger“? Und vor allem: Wie begegnet man dieser Szene mit polizeilichen Mitteln?

David Begrich, Miteinander, Magdeburg
Jacqueline Schleicher, Bildungszentrum der Thüringer Polizei, Meiningen

AG 4: Rechtsextremismus im Stadion

Die Fanszenen und Deutschland haben sich ausdifferenziert, zwischen sog. Kutten, Hooligans und Ultras, von friedlich bis gewaltsuchend, von antidiskriminierend bis rechtsextrem. Doch immer noch ordnen sich manche Fangruppierungen öffentlich der rechten Szene zu, die Initiative „Hooligans gegen Salafisten“ ist nur ein Beispiel hierfür. Der Erfolg von Gegenmaßnahmen hingegen bleibt ambivalent. Ziel dieser Arbeitsgruppe ist es, die Strukturen der rechtsextremen Gruppierungen zu beleuchten und Ansätze der Prävention – von polizeilicher und auch zivilgesellschaftlicher Seite – vorzustellen.

Robert Claus, Kompetenzgruppe für Fankulturen und Sport bezogene Soziale Arbeit, Hannover
Alexander Jarling, Zentrale Polizeidirektion, Hannover

16.30 –
17.00 Uhr **Kaffeepause**

Herausforderung Social Media

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit unterliegt insbesondere in Zeiten der Sozialen Medien einem immer schnelleren wendenden Wandel. Die Polizei nutzt viele der Kanäle für eine gezielte Ansprache an die Bürgerinnen und Bürger, sieht sich gleichzeitig aber auch mit den neuen Herausforderungen einer Kommunikation konfrontiert, in der Respekt auf der Strecke bleibt. Marcus da Gloria Martins stellt die Ansätze und Probleme dieser Kommunikation vor.

Marcus da Gloria Martins, Polizeipräsidium München

18.30 –
19.30 Uhr **Abendessen**

**NSU-Monologe
Im Anschluss Podiumsgespräch**

Sechs Jahre nach den letzten Taten des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ erzählen die „NSU-Monologe“ von dem Leben und Leiden der Opferfamilien. Elif Kubasik, Adile Şimşek und İsmail Yozgat dokumentieren ihren Kampf um die Aufklärung der Hintergründe und die Erinnerung an ihre Familienmitglieder.

Seda Basay Yıldız, Rechtsanwältin, Frankfurt am Main
Dr. Günther Beckstein, Ministerpräsident a. D. (CSU), Nürnberg

André Schulz, Bundesvorsitzender, Bund Deutscher Kriminalbeamter, Berlin

Moderation
Dr. Julia Gerlach, Evangelische Akademie Meißen

Donnerstag, 23. November 2017

8.15 –
9.00 Uhr **Frühstück**

9.00 –
11.30 Uhr **Treffen im Plenum**
Im Anschluss

**Workshop-Phase 2:
Antworten und Lösungsansätze**

**AG 1: Erfassung politisch motivierter Kriminalität (PMK)
durch die Polizei – Grenzen, Möglichkeiten und Kritik**

Die Statistiken der „Politisch motivierten Kriminalität“ sehen sich oft Kritik gegenüber – zu ungern seien die Angaben, zu viele Fälle würden als „Kneipenschlägerei“ oder „Taten betrunkenen Jugendlicher“ abgetan und somit nicht in die Zählung aufgenommen. Wie kann man dieser Kritik entgegentreten? Was besagen diese Statistiken, was verschweigen sie?

Susanne Feustel, Kulturbüro Sachsen, Dresden
Anke Henke, Landeskriminalamt Berlin

AG 2: Polizei und Minderheiten – „Diversity Management“ und Förderung interkultureller Kompetenz in der Polizei

Eine zentrale Forderung im Nachgang der Aufdeckung des „NSU“ lautete, die interkulturelle Kompetenz innerhalb der Sicherheitsbehörden zu stärken. Wie aber kann diese Förderung aussehen? Was genau bedeutet eigentlich „Diversity Management“? Und welche Chancen ergeben sich dadurch, welche Grenzen haben solche Maßnahmen?

Prof. Dr. **Wolfgang Kühnel**, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin
Dr. **André Günther**, Polizeiakademie Berlin

AG 3: Rechtsextremismus als Thema in der polizeilichen Aus- und Fortbildung – Stand und Ausblick

Die Beschäftigung mit dem (Rechts-)Extremismus kann in der polizeilichen Aus- und Fortbildung sehr unterschiedlich erfolgen. Mal wird sie einzelnen Fächern zugewiesen, mal von verschiedenen Disziplinen betrachtet. Sie kann sich auf Phänomenologie beschränken oder die Ideologie thematisieren. In dem Workshop sollen der Ist-Zustand in diesem Bereich betrachtet, die Bedarfe und Bedürfnisse an die Bildungsarbeit geklärt sowie untersucht werden, welche Änderungen in der Ausbildung vorgenommen werden können.

Rodion Makufke, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin
Prof. Dr. **Bernhard Frevel**, Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen, Münster

AG 4: Polizei contra Zivilgesellschaft? Über den Umgang mit Protesten gegen rechtsextreme Demonstrationen

Oft kommt es im Vorfeld und auch während rechtsextremen Aufmärschen zu Kontroversen zwischen der Polizei und der Zivilgesellschaft. Die eine Seite sieht sich zu Unrecht als „Handlanger“ diskriminiert, obwohl sie das Versammlungsrecht zu schützen hat, zivilgesellschaftliche Akteure sehen ihr Recht auf Meinungsäußerung durch die Polizei beeinträchtigt. Der Workshop soll diese Konfliktfelder darstellen und Wege aus den Konflikten aufzeigen.

Martin Becher, Evangelische Bildungs- und Tagungsstätte Bad Alexandersbad
Udo Behrendes, ehemals Polizeipräsidium Köln

11.30 –
12.30 Uhr **Tagungskommentar**

Barbara John ist Ombudsfrau für die Opfer des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ und wirkt vor dem Hintergrund des Abschlussberichtes des NSU-Untersuchungsausschusses und den darin enthaltenen Aufgaben für die Polizei, einen abschließenden Blick auf die Fachtagung.

Prof. **Barbara John**, Ausländerbeauftragte des Berliner Senats a. D., Berlin

12.30 Uhr **Mittagessen, Ende der Tagung**